### L 9 KG 494/22

#### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Baden-Württemberg Land

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg Sachgebiet

Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheit

en

**Abteilung** 9 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette

1. Instanz

L 9 KG 494/22 Aktenzeichen Datum 04.02.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 KG 494/22 26.09.2022 Datum

3. Instanz

Datum

# Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 4. Februar 2022 wird zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckgewiesen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

#### **Tatbestand**

Die Beteiligten streiten über Kindergeld für eine volljährige Vollwaise.

Die 1976 geborene KlĤgerin beantragte bei der Bundesagentur für Arbeit, Familienkasse, am 20.05.2021 Kindergeld für Vollwaisen. Sie ist als schwerbehinderter Mensch mit einem Grad der Behinderung von 80 anerkannt und erhĤlt Rente wegen voller Erwerbsminderung von der Deutschen Rentenversicherung Bund. Sie trug vor, ihre Eltern seien verstorben, die Mutter 2020. der Vater 2021.

Die Beklagte hatte dem Vater der KlAzgerin, A. A., fA¼r die KlAzgerin unter der KG-Nr. xxx17 für die Zeit von August 2010 bis Mai 2021 Kindergeld nach dem

Einkommensteuergesetz (EStG) gezahlt. Grundlage hierfür war u.a. <u>§ 32 Abs. 4 Nr. 3 EStG</u>, wonach ein Anspruch auf steuerrechtliches Kindergeld unabhängig vom Alter des Kindes besteht, wenn das Kind wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung auÃ∏erstande ist, sich selbst zu unterhalten und die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist. Der Bewilligung des Kindergelds vorangegangen war ein finanzgerichtliches Verfahren, das mit einem Anerkenntnis durch die Beklagte endete.

Den Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 01.06.2021 ab dem Monat April 2021 ab und führte zur Begründung aus, dass gemäÃ∏ § 1 Abs. 2 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) alleinstehende Kinder bzw. Waisen im Sinne des § 1 Abs. 2 BKGG, die wegen Behinderung auÃ∏erstande sind, sich selbst zu unterhalten, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres berücksichtigt werden könnten. Die Klägerin habe 2003 das 27. Lebensjahr vollendet, ein Anspruch auf Kindergeld nach dem BKGG bestehe somit nicht.

Mit dem hiergegen am 08.06.2021 eingegangenen Widerspruch machte die Klägerin geltend, ihr sei bereits lebenslanges Kindergeld seitens des Finanzgerichtes (FG) zugesprochen worden. Fakt sei, dass sie lebenslanges Anrecht auf Kindergeld habe.

Mit Widerspruchsbescheid vom 14.06.2021 wies die Beklagte den Widerspruch zurück. Nach <u>§Â 1 Abs. 2 BKGG</u> werde alleinstehenden Kindern ein eigenstĤndiger Kindergeldanspruch fýr sich selbst eingerĤumt. Hätten diese Kinder ihr 18. Lebensjahr vollendet, bestehe der Anspruch nur unter den besonderen Voraussetzungen des <u>§ 2 Abs. 2 und 3 BKGG</u>. Im vorliegenden Fall treffe die Vorschrift des § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 zu, wonach ein Kind über 18 Jahre berücksichtigt werde, wenn es wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung auA

erstande sei, sich selbst zu unterhalten und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet habe. Abweichend von § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BKGG bestimme § 20 Abs. 4 Satz 2 BKGG eine Altershöchstgrenze von 27 Lebensjahren, wenn die Behinderung u. a. vor dem 01.01.2007 eingetreten sei. Jedoch sei gem. <u>ŧ 1 Abs. 2</u> Satz 3 BKGG die Berücksichtigung eines behinderten Kindes längstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres må¶glich. Die Klå¤gerin kå¶nne kindergeldrechtlich nicht berĽcksichtigt werden, weil sie bereits im August 2003 das 27. Lebensjahr vollendet und somit die Altersh\(\tilde{A}\)\(\text{Rchstgrenze}\) im Sinne des \(\tilde{A}\)\(\tilde{A Abs. 2 Satz 3 (i. V. m. § 20 Abs. 4) BKGG erreicht habe.

Hiergegen hat die Klägerin am 16.07.2021 Klage zum Sozialgericht Freiburg (SG) erhoben. Zur Begründung hat sie unter Vorlage eines Schreibens des FG Baden-Württemberg (2 K 1427/18) vom 20.04.2020, gerichtet an Herrn A. A., geltend gemacht, Herr Richter B. vom FG Freiburg habe ihr lebenslanges Kindergeld bereits nachweislich zugesprochen. Die Kindergeldstelle habe das Kindergeld zu Unrecht eingestellt.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat darauf hingewiesen, dass dem Vater bis einschlieà lich Mai 2021 steuerrechtliches Kindergeld nach dem EStG ausbezahlt worden sei. Entgegen den Vorschriften fà ¼r das steuerrechtliche

Kindergeld im EStG existiere f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das sozialrechtliche Kindergeld f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Vollwaisen eine Altersgrenze nach  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  1 Abs. 2 Satz 3 BKGG.

Nach einem entsprechenden Hinweis hat das SG die Klage mit Gerichtsbescheid vom 04.02.2022 abgewiesen und sich im Wesentlichen der zutreffenden Begründung in den angefochtenen Bescheiden angeschlossen.

Gegen den ihr am 08.02.2022 zugestellten Gerichtsbescheid hat die KlĤgerin am 18.02.2022 ýber ihre damaligen Bevollmächtigten Berufung einlegen lassen. Unter dem 07.03.2022 haben sich weitere Bevollmächtigte legitimiert. Eine Berufungsbegrþndung ist durch diese nicht erfolgt. Beide Bevollmächtigte haben angezeigt, dass das Mandat beendet sei.

Die Kläzgerin hat weitere Schreiben der Beklagten im Verfahren vor dem FGÄ vorgelegt und daran festgehalten, Richter B., FG Freiburg, habe ihr lebenslanges Kindergeld zugesprochen. Frau C. (eine Bedienstete der Beklagten) kä¶nne dies bestäztigen und sei als Zeugin hierzu zu vernehmen.

Mit den Beteiligten hat der Berichterstatter den Sach- und Streitstand am 12.07.2022 erĶrtert. Auf die Niederschrift vom selben Tag wird insoweit verwiesen.

Die KlĤgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 4. Februar 2022 sowie den Bescheid der Beklagten vom 1. Juni 2021 in der Fassung des Widerspruchsbescheids vom 14. Juni 2021 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr auf ihren Antrag vom 20. Mai 2021 Kindergeld für sich selbst von April 2021 an bis auf weiteres zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hält die Entscheidungen für zutreffend.

Der Senat hat beim FG Freiburg um Aktenübersendung gebeten. Hierauf hat D., Richterin am FG, Freiburg, telefonisch mitgeteilt, dass sie wegen des Steuergeheimnisses ohne Einverständnis des Steuerpflichtigen keine Akten übersenden könne. Da der Vater der Klägerin verstorben sei, mÃ⅓sse zunächst eine Erbenermittlung (die Klägerin hat wohl mehrere Geschwister) durchgeführt werden. In dem FG-Verfahren sei kein Urteil ergangen, es sei durch Hauptsacheerledigung abgeschlossen worden. Die Beklagte habe ein Anerkenntnis abgegeben, das durch den Kläger angenommen worden sei. Das Verfahren sei dann Ã⅓bereinstimmend für erledigt erklärt worden. In der anschlieÃ□enden Kostenentscheidung fänden sich keine Ausführungen zur Hauptsache.

Mit Beschluss vom 13.07.2022 hat der Senat die Berufung gemäà ☐ § 153 Abs. 5

Sozialgerichtsgesetz (SGG) dem Berichterstatter ýbertragen.

Den Antrag der KlĤgerin, ihr Prozesskostenhilfe für das Berufungsverfahren zu gewĤhren, hat der Senat mit Beschluss vom 17.08.2022 abgelehnt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die beigezogenen Akten der Beklagten sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz verwiesen.

# EntscheidungsgrÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung bleibt in der Sache ohne Erfolg.

Das Gericht konnte in o. g. Besetzung entscheiden, nachdem das SG durch Gerichtsbescheid entschieden und der Senat die Berufung nach Anh $\tilde{A}$ ¶rung der Beteiligten mit Beschluss vom 13.07.2022 dem Berichterstatter  $\tilde{A}$ ½bertragen hat, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet ( $\hat{A}$ § 153 Abs. 5 SGG).

Die KlĤgerin hat keinen Anspruch auf GewĤhrung von Kindergeld. Sie wird durch die angefochtenen Entscheidungen nicht in ihren Rechten verletzt.

Als Anspruchsgrundlage auf Gewährung von Kindergeld für die alleinstehende und nicht erwerbstätige, am 27.08.1976 geborene und damit 46 Jahre alte Klägerin kommt nur  $\frac{A}{N}$  1 Abs. 2 BKGG in Betracht (vgl.  $\frac{A}{N}$  25 Abs. 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Danach erhält Kindergeld für sich selbst, wer

- 1. in Deutschland einen Wohnsitz oder seinen gewĶhnlichen Aufenthalt hat,
- 2. Vollwaise ist oder den Aufenthalt seiner Eltern nicht kennt und
- nicht bei einer anderen Person als Kind zu berücksichtigen ist. Diese Voraussetzungen sind zwar erfüllt, nachdem die Klägerin ihren Wohnsitz in Deutschland hat, nach dem Versterben ihrer Eltern (die Mutter 2020, der Vater 2021) Vollwaise ist und auch nicht bei einer anderen Person als Kind zu berücksichtigen ist. Allerdings ist über § 1 Abs. 2 Satz 2 BKGG zu beachten, dass ein solcher Anspruch vom Gesetzgeber nicht â∏∏lebenslangâ∏∏ â∏∏ wie die Klägerin meint â∏∏ ausgestaltet wurde. Denn þber den Verweis auf den Absatz 2 des <u>§ 2 BKGG</u> und wegen <u>§ 1 Abs. 2 Satz 3 BKGG</u> können Ansprüche auf sozialrechtliches Kindergeld über die Vollendung des 25. Lebensjahres nicht geltend gemacht werden. Denn gerade in dem von der KlĤgerin geltend gemachten Fall des <u>§ 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BKGG</u> einer bestehenden körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung, die dazu führt, dass sich der behinderte Mensch nicht selbst zu unterhalten vermag, gilt aufgrund des § 1 Abs. 2 Satz 3 BKGG, dass Kindergeld <u>l\tilde{A}\tilde{x}ngstens</u> bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewĤhrt wird. Dieses Alter wird aufgrund des Geburtsjahres der KlĤgerin 1976 inzwischen (und auch schon zum Zeitpunkt der Antragstellung im Mai 2021) weit überschritten. Insoweit kommt es auch nicht darauf an, ob â∏∏ wie die Beklagte zunächst ausgeführt hatte â∏∏ über die Ã∏bergangsvorschrift des <u>§ 20 Abs. 4</u> BKGG eine Altersgrenze von 27 Jahren anzunehmen ist.

Soweit die KlĤgerin den Anspruch unter anderem unter Verweis auf einen Auszug aus dem Merkblatt der Familienkasse (â∏Merkblatt Kindergeld, Informationen und

ErklĤrungen, Rechte und Pflichten, Fragen und Antwortenâ□□), den sie auch in der mýndlichen Verhandlung nochmals vorgelegt hat, zu begrýnden versucht, fþhrt dies nicht weiter, da diese Ausführungen im Zusammenhang mit ErlĤuterungen bezogen auf Ansprüche â□□für Kinderâ□□ von Berechtigten, im Wesentlichen von Eltern, gemacht werden, zu sehen sind. Für Ansprüche, die Vollwaisen geltend machen können, hält die Familienkasse ein eigenes Merkblatt vor (â□□Merkblatt Kindergeld für Vollwaisen oder Kinder, die den Aufenthaltsort ihrer Eltern nicht kennenâ□□). Dort wird auf den nur zeitlich begrenzten Anspruch (bis zum 25. Lebensjahr) auch hingewiesen. Insoweit sind die gemachten Hinweise weder unzutreffend noch begründen sie einen Anspruch der Klägerin auf (ihr materiellrechtlich nicht zustehendes) Kindergeld.

Schlie̸lich ist darauf hinzuweisen, dass die Klägerin keine Rechte aus dem finanzgerichtlichen Verfahren des Vaters der KlĤgerin gegen die Beklagte herleiten kann. Die Kindergeldfestsetzung gegenļber dem kindergeldberechtigten Vater als personenbezogener Verwaltungsakt hat infolge des Todes des Vaters entsprechend <u>§Â 124 Abs. 2</u> Abgabenordnung (AO) seine Erledigung gefunden (FG Hamburg, Urteil vom 28. Juni 2017Â â $\square$  $\square$  5 K 155/16Â â $\square$  $\square$ , Rn. 21, juris), besteht also nicht zugunsten der KlAzgerin fort. Die Beklagte hat also das Schreiben der KlAzgerin zurecht als Antrag auf GewĤhrung von Kindergeld behandelt. Der Vortrag der Klägerin, in dem Verfahren des Vaters der Klägerin gegen die Beklagte sei ihr â∏lebenslangesâ∏ Kindergeld zugesprochen worden, beruht insoweit ganz offensichtlich auf einem MissverstĤndnis der KlĤgerin. Sie verkennt, dass ein Kindergeldanspruch â∏ wie sich aus <u>§ 62 Abs. 1 EStG</u> und <u>§ 74 Abs. 1 EStG</u> ergibt â∏ nicht gegenüber dem Kind festgesetzt wird, sondern zugunsten eines Elternteils. Sind beide Eltern eines Kindes verstorben besteht materiell-rechtlich kein Kindergeldanspruch nach dem EStG (vgl. NiedersĤchsisches FG, Urteil vom 13. Januar 2010 â∏∏ 16 K 337/09 â∏∏, Rn. 15f., juris). Der Anspruch des Vaters auf Gewährung von Kindergeld für die Klägerin war â∏∏ unter Berücksichtigung der in diesem Verfahren anzuwendenden steuerrechtlichen Vorschriften (§Â§ 62ff. EStG) â∏∏ nicht auf die Vollendung des 25. Lebensjahres beschrĤnkt, sondern konnte wegen der erfüllten Voraussetzungen in <u>§ 32 Abs. 4 Nr. 3 EStG</u> (â∏Ein Kind, das das 18. Lebensjahr vollendet hat, wird berücksichtigt, wenn es wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung auÃ∏erstande ist, sich selbst zu unterhalten; Voraussetzung ist, dass die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten istâ∏∏) über das 25 Lebensjahr hinaus gewährt werden. Er endete, worauf bereits hingewiesen wurde, mit dem Tod des Berechtigten, hier des Vaters der Klägerin. Eine fägrmliche Entscheidung, ein Urteil oder ein die Hauptsache abschlie̸ender Beschluss, ist in diesem Verfahren (auch gegenüber dem Vater) im Ã∏brigen nicht ergangen, was auf telefonische Auskunft des FG Freiburg (Richterin am FG D., deren Angaben im Termin verlesen wurden) bestÄxtigt wurde. Eine von der nicht an diesem Verfahren beteiligten (vgl. §Â 57 Finanzgerichtsordnung) Klägerin behauptete, lediglich mündlich geäuÃ∏erte Aussage des dortigen Richters bindet den Senat nicht, auch wenn eine solche Aussage (â∏die Klägerin des vorliegenden Verfahrens hätte Anspruch auf lebenslanges Kindergeldâ∏) als wahr unterstellt würde. Einer Beiziehung von Akten bedurfte es daher nicht und auch die von der Klägerin angeregte Zeugeneinvernahme der Frau C., die eine solche Aussage bestÄxtigen soll, war zur

Klärung des geltend gemachten Anspruches der Klägerin nach dem BKGG nicht erforderlich. Das von der Klägerin vorgelegte vom FG Baden-Wþrttemberg an den Vater, Herrn A. A., gerichtete Schreiben bestätigt zudem, dass Ansprüche des Vaters auf Kindergeld fþr seine Tochter E. A. und nicht (auch) Ansprþche der Klägerin Gegenstand dieses Verfahrens waren (â∏Das Gericht stellt in den Raum, dass Kindergeld für E. A. gewährtâ∏ wird). Eine darüber hinaus von der Klägerin behauptete nur mündliche Auskunft in diesem Verfahren, die gegenüber dem Vater zutreffend sein mag, gegenüber der Klägerin aber nicht, und die die Klägerin offensichtlich missverstanden hat, vermag einen Anspruch auf Kindergeld nach dem BKGG nicht zu begrþnden.

In  $\tilde{A}$  bereinstimmung mit dem SG vermag der Senat auch eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung und damit einen Versto $\tilde{A}$  gegen Art. 3 Grundgesetz von Vollwaisen, die zeitlich beschr $\tilde{A}$  nkt Kindergeld f $\tilde{A}$  rich selbst beanspruchen k $\tilde{A}$  nnen, und Eltern, die ohne Altersgrenze Kindergeld f $\tilde{A}$  behinderte Kinder, die au $\tilde{A}$  erstande sind, sich selbst zu unterhalten, nicht festzustellen. Der Senat schlie $\tilde{A}$  sich insoweit den Ausf $\tilde{A}$  hrungen des Bundessozialgerichts (BSG) vom 19.02.2009 (B 10 KG 2/07 R)  $\hat{a}$  wie bereits das SG  $\hat{a}$  in vollem Umfang an.

Die Berufung war daher zurĹ/₄ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe, die Revision zuzulassen, bestehen nicht.

Erstellt am: 07.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024